

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die folgenden Seiten sollten einem uninformierten Leser aus den Ländern Mittel- und Osteuropas eine Vorstellung über das deutsche Model der Sozialen Marktwirtschaft verschaffen. Die räumliche und zeitliche Distanz des Interessenten von diesem Phänomen ist allerdings in diesem Falle nicht nur ein Hindernis zum Begreifen des Problems, sondern auch ein Vorteil für eine objektive und kritische Beurteilung. Die Soziale Marktwirtschaft wird hier unter anderem auch als ein Lösungsweg für die Sanierung der Wirtschaftssysteme der Transformationswirtschaften betrachtet.

1. Historische Hintergründe

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich in der Nachkriegszeit im westlichen Teil Deutschlands, aus dem später die Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Unter der Regierung Konrad Adenauers mußte Deutschland die Grundsätze eines neuen Systems schaffen, das die Folgen eines zerstörerischen Krieges bekämpfen mußte. Die Bedingungen, unter denen diese Regierung arbeiten mußte, waren ziemlich ungünstig, da es an Ressourcen und an Arbeitskräften fehlte und die deutsche Währung instabil war. Kurzgefaßt: die politische und wirtschaftliche Situation in Europa war zu der Zeit nicht vielversprechend, besonders für den vom Krieg verwüsteten neuen deutschen Staat. Die Prognose des ersten westdeutschen Industriepans ließ bis zu 55% des Produktionsvolumens des Vorkriegsjahres 1938 zu, man sah auch eine Demontage mehrerer traditioneller deutschen Industrieanlagen vor. Ein Hoffnungsschimmer in diesem Sinn war nur der 1947 bekanntgegebene Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas. Der Wiederaufbau Deutschlands dagegen war eine schwer zu lösende Aufgabe, die viel politische und wirtschaftliche Kompetenz und strategisches Denken erforderte.

Es war für Außenstehende unerklärlich, wie gut der deutsche Neuanfang gelang, und dies nur ein paar Jahre nach der Einführung einer neuen stabilen Währung, der Deutschen Mark. Im Verlaufe des folgenden Jahrzehnts, war auch eine große wirtschaftliche Entwicklung zu registrieren, was weltweit für den Ruhm des „Deutschen Wirtschaftswunders“ sorgte.

Hinter jedem großen Erfolg steht ein enormer Aufwand an Kompetenz, Arbeit und mentale Kraft seitens mehrerer Menschen. Es ist deshalb verständlich, daß dieses Wirtschaftswunder konkrete Autoren hatte. Unter ihnen ist der damals parteilose Professor Ludwig Erhard auszuzeichnen.

Unter seiner Mitwirkung konnten sich die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gegen harte Widerstände seitens diverser politisch relevanten Gruppen und Persönlichkeiten durchsetzen. Der westliche Teil Deutschlands wurde zum Teil von den drei westlichen Besatzungskräfte gemeinsam regiert und hatte eine relativ einheitliche Wirtschaftspolitik. Während in der sowjetischen Besatzungszone 1945 eine Enteignung der Industrie begann und alle Banken und Sparkassen geschlossen wurden, wurde L. Erhard Staatsminister für Wirtschaft im bayerischen Kabinett. 1948 wurde er zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der bizonalen Übergangsregierung (der britischen und der amerikanischen Besatzungszonen) ernannt. In dieser Position strebte er die Abschaffung der bisherigen Wirtschaftsplanung der Alliierten an. In seiner Funktion als Minister verband er die am 20. Juni durchgeführte Währungsreform mit einer Wirtschaftsreform, durch die der Großteil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften aufgehoben wurde. In demselben Jahr begann das sogenannte „Jedermann Programm“. Danach wurden Rohstoffe an solche Unternehmen zugeteilt, die qualitativ hochwertig und im Preis scharf kalkulierte Waren wie Textilien, Schuhe und Haushaltswaren produzierten. Es wurde ein Gesetz gegen die Preisstreberei verabschiedet, das den Strafverfolgungsbehörden ein besonders gutes Instrument für die Bekämpfung extremer Fälle von Preiswucher und Warenzurückhaltung und Warenvernichtung gab. Inzwischen wurde im Westen die Höchstgrenze der Löhne, der sogenannte „Lohnstopp“ aufgehoben. Trotzdem stieß die Politik der Regierung auf Unverständnis bei der Bevölkerung und am 12. November 1948 fand ein Generalstreik gegen die Erhards Wirtschaftspolitik statt. Trotzdem beruhigte sich der Preisanstieg in den westlichen Zonen noch im Dezember desselben Jahres. Am 21. Juni 1949 erfolgte der Eintritt Ludwig Erhards in die Politik. Er erklärt sich für bereit, als CDU Kandidat in Baden Württemberg zu kandidieren. Konsequenterweise wurde er Abgeordneter in dem ersten deutschen Bundestag, und am 15. September 1949 wird er Bundesminister für Wirtschaft in der Regierung von Konrad Adenauer.

Dies war die turbulente Vorgeschichte eines wirtschaftspolitischen Konzepts, das später in der ganzen Welt bekannt und geachtet wurde. Die Maßnahmen, die später von der deutschen Regierung vorgenommen wurden, wurden nicht immer verstanden und ohne Opposition angenommen, aber sie führten Deutschland auf den Weg nach oben.

2. Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft läßt sich schwer definieren, einerseits weil sie kein statisches Konzept hat und andererseits, da es vor allem aus einem abstrakten Leitbild besteht und weniger mit einer konkreten Palette von wirtschaftspolitischen Maßnahmen verbunden ist. Ein bekannter Spruch aus diesen Jahren heißt „Wohlstand für alle“. Dieser Ausdruck ist zwar vielversprechend, war aber kein populistischer Spruch wie viele andere, sondern die Essenz mehrerer Pläne und Vorhaben, eine Vision der damals regierenden Politiker.

Allgemein gesagt ist die Soziale Marktwirtschaft die Lenkung der Wirtschaft durch ordnungspolitische Maßnahmen, so daß jeder Bürger und jeder Unternehmer unter den Bedingungen einer realen Marktwirtschaft sich selbst helfen kann, seinen Lebensstandard zu verbessern. Einige Kritiker dieses Wirtschaftskonzepts behaupten, daß „sozial“ und „marktwirtschaftlich“ kaum in einem gemeinsamen Begriff zu vereinigen sind. Diese Bemerkungen erweisen sich als oberflächlich, wenn man tiefer in die Theorie dieses Systems hinein sieht. Hier sind weder Dirigismus noch Laissez-faire zu sehen, obwohl in bestimmten Situationen die Merkmale dieser polarisierten Begriffe zu entdecken sind.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein kompliziertes System, für dessen erfolgreiches Funktionieren mehrere Bedingungen zu erfüllen sind. Das sind sowohl politische als auch wirtschaftliche Voraussetzungen, deren Sicherung eben die Aufgabe des Staates ist.

An erster Stelle sind **Freiheit** und **Demokratie** zu erwähnen, die eine primäre Voraussetzung für die Arbeit des Staates als soziales Wesen ist. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muß es den persönlichen Entscheidungen aller Menschen überlassen werden, in welcher Weise sie sich an Tausch von Gütern und Dienstleistungen als Anbietende oder Nachfragende beteiligen. Der Markt entsteht durch diesen Prozeß des Austausches von Gütern und Dienstleistungen, der bestimmt wird durch die zahlreichen Entscheidungen der Bürger über wesentliche oder weniger wesentliche wirtschaftliche Sachverhalte. Und die Demokratie gibt dem Staat eine Legitimierung, die ihn zu einem **Rechtsstaat** macht. Dazu gehört auch die Gewaltenteilung als Basis für die bürgerliche Kontrolle über die staatlichen Institutionen. Der Staat seinerseits sichert das **Privateigentum** der Bürger, was die Basis und Motivation jeder ökonomischen Aktivität ist. Das Eigentum ist ein Schutz gegen das Risiko, daß per Definition in jeder Marktwirtschaft herrscht. Die Freiheit, Eigentum zu erwerben, zu nutzen und durch eigene Kräfte zu vermehren, mobilisiert

die Wirtschaftsakteure zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit im Sinne von körperlicher oder geistiger Arbeit. Ein weiterer Grundbestandteil jeder Marktwirtschaft ist der **Wettbewerb**. Soziale Marktwirtschaft bedeutet eine wettbewerbsorientierte Wirtschaft, einen offenen Markt, da ohne diese Voraussetzung keine Wirtschaft sozial sein kann. Die gleichen Rahmenbedingungen für jeden Wirtschaftsakteur sind eine unentbehrliche Bedingung für den ehrlichen wirtschaftlichen Wettkampf. Allgemein gesagt ist der Wettbewerb die Möglichkeit, daß möglichst viele Anbieter um die Annahme ihrer Angebote seitens des Markts kämpfen, dagegen sollten Anbieter, deren Angebote den Ansprüchen der Nachfragenden nicht entsprechen, aus dem Markt ausscheiden können. So sorgt der Wettbewerb für eine natürliche Regulation der Interessen und Rechte der Nachfrage- und der Angebotsseite. Die Rolle des Staates ist es in diesem Falle, darüber zu wachen, daß dieser Wettkampf ehrlich und frei geführt wird. Die Kartellbildung zum Beispiel beeinträchtigt die Marktfreiheit, deshalb sollte in einer freien Sozialen Marktwirtschaft ihre Bildung unmöglich sein. Eine weitere und sehr wichtige Bedingung für die Existenz einer Sozialen Marktwirtschaft ist die **Geldwertstabilität**. Das ist ziemlich verständlich für die Bürger jedes osteuropäischen Landes, die schmerzhaftes „Inflationsgedächtnis“ haben, was für Unannehmlichkeiten die Geldentwertung einer Wirtschaft verursachen kann. Dadurch wird das Sparvermögen breiter Schichten der Bevölkerung in Eigenwährung entwertet, in diesem Sinne wird die Inflation zum Betrug, besonders wenn wir die Tatsache beachten, daß die am meisten davon Betroffenen die sozial schwachen Menschen sind. Weiter gibt die Inflation durch die Preisveränderungen falsche Signale über die Präferenzen der Nachfrage und des Angebots. Sie macht die Entscheidungen des Investoren sehr schwer und schmilzt das Eigenkapital der schon bestehenden Unternehmen, vor allen der mittleren und den kleineren. Soziale Marktwirtschaft ist nur dann vorhanden, wenn die **Tarifautonomie** in einem Staaten da ist. Die Freiheit der organisierten Arbeitgeber, vertreten durch die Gewerkschaften, ihre Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen durch Verhandlungen ohne staatlichen Einfluß zu führen, muß in einer Sozialen Marktwirtschaft rechtsstaatlich gesichert werden. Dieses Gleichgewicht der Kräfte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer macht eine Marktwirtschaft gerecht. Daher tragen auch die Parteien dieses Gleichgewichts die Verantwortung für die Geldwertstabilität und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. In diesem Sinne ist auch die nächste Bedingung für die Entstehung einer Sozialen Marktwirtschaft wichtig: die **Mitbestimmung** der Arbeitnehmer. Soziale Gerechtigkeit ist auch eine Folge einer gut entwickelten **sozialen Gesetzgebung**. Dies sichert zwei der Grundbegriffe der Sozialen Marktwirtschaft: die Solidarität und die Subsidiarität. Unter „sozial“ versteht man hier die Ordnung, die dem allgemeinen Wohl verpflichtet ist. Das Wort „sozial“ hat aber heutzutage

einen ganz breiten Inhalt. In diesem Sinne gibt es einige Kritikpunkte der heutigen Sozialen Marktwirtschaft, die wir später kurz erwähnen werden.

Wenn die oben genannten Kriterien tatsächlich vorhanden sind, kann man eine Soziale Marktwirtschaft aufbauen. Das Instrument für die Anwendung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist die sogenannte Ordnungspolitik. Dieser Begriff ist schwer zu erklären, und obwohl er im ersten Moment paternalistisch klingen mag, ist er in seinem tiefsten Sinne liberal und sozial gerecht. Der Staat hat nur die Aufgabe die gesetzlichen und geldwirtschaftlichen Bedingungen zu schaffen, der einzelne Bürger ist auf Selbsthilfe angewiesen. Die Ordnungstheorie ist in zwei Richtungen geteilt: die Maßnahmen, die im realen Sektor vorgenommen werden sollten, und die monetären Maßnahmen, die für die Realisierung der Ziele der Sozialen Marktwirtschaft verwendet werden. Es wird ein Komplex aus Kernprinzipien aufgebaut, unter denen eine starke Interdependenz (gegenseitige Beziehung) bestehen muß. Im Mittelpunkt dieses Systems steht das Prinzip eines funktionierenden Wirtschaftsmechanismus in der Geldwirtschaft. In diesem Sinne spricht man hier von dem „Primat der Währungspolitik“, das heißt der Hoheit des stabilen Wechselkurses der eigenen Währung gegenüber andere Währungen. Grundsatz des realen Sektors ist, wie schon erwähnt, die **Offenheit** des Marktes, bezogen auf Information, Angebot und Nachfrage von Waren, Rohstoffe und Dienstleistungen. Diese Offenheit sollte mit einer **Liberalisierung** des Austausches umrahmt werden, damit die Interaktion zwischen den Agierenden optimal gestaltet wird. Im monetären Sektor stützt sich die wirtschaftliche Politik auf die **Konsistenz** und **Glaubwürdigkeit** der Wirtschaftspolitik und die kontinuierliche Führung der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft: Geld-, Steuer- und Lohnpolitik. Deshalb versucht man ein optimales Währungs- und Wechselkursregime zu erreichen, sowie eine ausgeglichene Leistungsbilanz des Staates, eine Freihandelsregelung und die vollständige **Konvertibilität** der Eigenwährung. Zuletzt muß man hier eine marktgerechte **Sozialpolitik** durch eine faire Umverteilung des nationalen Einkommens führen. Nur im Rahmen dieses Komplexes von qualitativen und institutionellen Bedingungen kann eine Soziale Marktwirtschaft langfristig existieren.

3. Historische Rahmenbedingungen bei der Gründung des Konzepts für Soziale Marktwirtschaft

Hier möchten wir die Rahmenbedingungen und einige der konkreten Maßnahmen angehen, unter denen die Soziale Marktwirtschaft sich entwickelt hat. Nach der oben schon erwähnten Konsolidierung zwischen 1949-1952 begannen sich die Hoffnungen des Volkes nur teilweise zu erfüllen. Der durch die erfolgreiche Währungsreform stimulierte Zuwachs verlangsamte sich, die Preise und die Arbeitslosigkeit dagegen wuchsen bedrohlich. Die Umstrukturierung der Wirtschaft war in dem folgenden Prozeß zu sehen: zwischen Juni und Dezember 1948 wurden 370 000 Arbeitsplätze gekürzt, wobei aber 600 000 neue Stellen in expandierenden Branchen entstanden, so daß die Arbeitslosenquote unter 5% fiel. Im nächsten Jahr war der Trend negativ. Wegen des ineffizienten Einsatzes von Arbeitskräften, der auch eine verdeckte Inflation hervorrief, war 1950 die Arbeitslosenquote 12,2%. Deshalb entschied sich die Regierung für beschäftigungsfördernde Gegenmaßnahmen. In Folge des Korea Krieges drohte auch ein Zahlungsbilanzdefizit. Um dieser Gefahr zu entweichen wurde eine Korrektur des politischen Kurses vorgenommen: die Rückkehr zur staatlichen Bewirtschaftung und Lenkung, Preiskontrollen und ein Prioritäten - Katalog für sozusagen „lebenswichtige“ Importe sorgten für Diskussionen. Die Überwindung des Zahlungsbilanzdefizites war eine harte Probe für die Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard. Die Gründe dieser Krise waren der schnelle Anstieg der Preise der Güter und die Liberalisierung des Außenhandels im Rahmen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Trotz der Probleme waren zwei wichtige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Stabilisierung erfüllt werden: die Sozialpartnerschaft und die Milderung der Folgen des Krieges. Deshalb wurden auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgenommen. Die rechtliche Basis dieser Aktion war das Investitionsgesetz vom Januar 1952, das gewerbliche Unternehmen dazu verpflichtete, insgesamt eine Milliarde Mark zur Deckung des Investitionsbedarfs der Grundindustrien beizusteuern. Die Erfolge in der Binnenwirtschaft erhöhten auch die internationale Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik weltweit. Im Londoner Schulden-abkommen vom 27. Februar 1953 akzeptierte die Bundesregierung deutsche Vor- und Nachkriegsschulden in der Höhe von 14,5 Milliarden Deutschen Mark. Auf diese Weise gelang es Vertrauen zurückzugewinnen, neue Kapitalmärkte zu erschließen und den Handelsverkehr zu erleichtern.

Der Umbruch zu der „Selbst-tragenden Wirtschaft“ gelang in der ersten Hälfte des Jahres 1952. Charakteristisch für das folgende Jahrzehnt waren außergewöhnliche Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts und des Außenhandels; Erfolge, die im Ausland bald als Wirtschaftswunder

bezeichnet wurden. Zwischen 1950 und 1960 stieg der Index des Bruttosozialprodukts von 100 auf 215, ausgedrückt in dem Preisniveau von 1954 war das ein Anstieg von 113 auf 235 Milliarden DM. Die jährlichen Steigerungsraten lagen durchschnittlich bei 7,6 Prozent, wobei das Rekordergebnis 1955 mit 11,5 Prozent erreicht wurde. In demselben Zeitraum wuchs die Produktion um 149 Prozent, die Investitionen stiegen für 8 Jahre von 16 auf 31 Milliarden DM. Das **Wachstum** läßt sich folgendermaßen erklären: die Währungs- und Wirtschaftsreform hatte ihm den Boden bereitet, die Exporterfolge aufgrund des Korea- Booms gaben ihm wesentliche Impulse, und die Investitionen verliehen ihm Beständigkeit. Der **Strukturwandel** spielte damals auch eine sehr große Rolle: während der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung von 24 auf 14 Prozent sank, verbesserte sich die Industrie von 43 auf 48 Prozent und der Dienstleistungssektor von 33 auf 38 Prozent. Noch deutlicher als die Dominanz der Industrie war die Produktionsentwicklung. Hier erreichte die Industrie zwischen 1950 und 1960 einen Zuwachs von 158%, Handel und Verkehr 126%, während die Landwirtschaft mit 43% zurücklag. Daher erhöhte sich der Anteil der Industrie an dem Bruttoinlandsprodukt für die selbe Zeitspanne von 47,3% auf 55,6%, wobei den größten Anteil daran die verarbeitenden Sparten hatten: Chemieindustrie, Maschinenbau, Automobilindustrie und Elektrotechnik, die sich zum „Motor der Expansion“ der deutschen Wirtschaft entwickelten. Die **Wirtschafts-ordnung** spielte auch eine bedeutende Rolle. Wichtigste Voraussetzung einer marktwirtschaftlich- sozialstaatlichen Ökonomie war nach Ansicht Ludwig Erhards ein funktionaler Wettbewerb, der andere als marktkonforme und oder aus sozialen Gründen gebotene staatliche Eingriffe ebenso ausschloß wie privatwirtschaftlichen Dirigismus. In diesem Zusammenhang wurde trotz des Widerstands der Industrie das Anti-Kartell-Gesetz verabschiedet. Von den Gewerkschaften forderte der damalige Bundesminister für Wirtschaft eine Zurückhaltung bei den Löhnen, von den Unternehmern bei den Preisen, von den Verbrauchern beim Konsum (die sogenannte „Maßhalteappelle“). Zweimal, 1956 und 1961, waren diese Versuche der antizyklischen Politik „mit erhobenem Zeigefinger“ erfolgreich. Die Absicht dieser Politik war, daß „im gleichen Maße, in dem durch die Mehrung des Wohlstandes die soziale Sicherheit aus eigener Kraft sich verbessert und die Gleichförmigkeit einer nicht mehr von den Risiken bedrohten, ständigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklungen das Gespenst sozialer Notstände gebannt hat, der Schrei nach immer mehr kollektiver Sicherheit nur immer lauter erschallen muß“.

Zum heutigen Zeitpunkt gibt es jedoch viele Kritiker, die behaupten, daß das heutige deutsche Wirtschaftssystem nicht den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft folgt. Ziemlich viel wird das amerikanische Verfahren des „management through objectives“ kritisiert. Die

Wirtschaftstheoretiker behaupten, daß es unmöglich sei, die Marktwirtschaft durch die staatliche Lenkung zu steuern, den Ideen der Sozialen Marktwirtschaft entspreche mehr die Schaffung der notwendigen Bedingungen für ihre regelgerechte Entwicklung, und nicht ihre Kontrolle. Das Leitbild der Visionäre der Erhardschen Politik sei damit nicht erfüllt und langfristig sei mit Krisen und Knappheit zu rechnen.

4. Die Soziale Marktwirtschaft als Lösungsweg für die Transformationsökonomien.

Wie kann die oben ausgeführte deutsche Erfahrung mit der Sozialen Marktwirtschaft für Transformationswirtschaften nützlich sein? Wenn ein durchschnittlicher Bürger aus dem ehemaligen Ostblock von dem „Konzept der Sozialen Marktwirtschaft“ hört, sagt er üblicherweise: „Das kann nie in unserem wirtschaftlichen System arbeiten, das ist ein Konzept für wohlhabendere Länder.“ Aus der genaueren Betrachtung des Sachverhalts aber, läßt sich schlußfolgern, das zur Zeit der Einführung dieses Systems, Deutschland alles andere als reich war. Die äußere Seite des Konzepts sind die hohen Sozialleistungen, was aber vor dem entfernten Betrachter versteckt bleibt ist die strenge Ordnungspolitik, die die Voraussetzungen für diese Leistungen schafft. In der Sozialen Wirtschaft wird außerdem davon ausgegangen, daß die im Wettbewerb sich entfaltende Initiative des Menschen zu wirtschaftlichem, und damit zugleich zu sozialem Fortschritt führt. Die Rolle des Staates bleibt begrenzt: zum einen muß er die Verantwortung tragen, daß der freie Wettbewerb nicht durch Fehlentwicklungen wie Kartelle und Monopolbildung verfälscht wird. Bestimmte unerwünschte Marktergebnisse müssen wenn nötig durch Gegenmaßnahmen korrigiert werden. Grundregel aller Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ist aber, daß sie marktkonform sein müssen. Die rein marktwirtschaftliche Ordnung wird durch Systeme sozialer Sicherheit ergänzt, die jedoch keinen umfassenden Wohlfahrtsstaat schaffen. Den Menschen soll nicht die Eigenverantwortlichkeit für ihre Existenz und damit die Initiative für wirtschaftliche Betätigung genommen werden.

Bei der Erstellung dieses Vortrags wurden Materialien des Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho benutzt.